

AUSGABE 3 | 2024

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

SCHWERPUNKT KLIMAAANPASSUNG

Das neue Bundes-Klima-
anpassungsgesetz: ein richtiger
Schritt für eine große Aufgabe

Klimaanpassung: Welche Debatten
geführt werden müssen

Das Zentrum KlimaAnpassung
unterstützt Kommunen und soziale
Einrichtungen

Grüne Stadt der Zukunft –
Forschung unterstützt kommunale
Klimaanpassung

AUS DEN STÄDTEN

GASTBEITRAG

Bundespräsident Frank-Walter
Steinmeier zu 75 Jahren Grundgesetz

AUS DEM STÄDTETAG

Abschied und Dank nach 31 Jahren

FACHINFORMATIONEN



Fassadenbegrünungen sind eine mögliche Maßnahme für Hitzeschutz und Klimaanpassung. (© Milos – stock.adobe.com)

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

„Europas Zukunft Richtung geben“. So hatten wir als Deutscher Städtetag unsere Erwartungen zur Europawahl überschrieben. Jetzt haben die Bürgerinnen und Bürger bei der Europawahl entschieden. Es gibt beides: Klare Trends und weniger klare Aspekte. Das politische Spektrum differenziert sich immer weiter aus. Es verschiebt sich teilweise hin zu den Rändern, zu den Populisten und Extremisten. Und neue Parteien gewinnen schneller an Boden als früher. Das macht das parteipolitische Spektrum breiter und differenzierter, aber vielleicht auch fragiler und weniger berechenbar. Das beobachten wir nicht nur bei der Europawahl, das sehen wir auch in vielen unserer Kommunalparlamente – in acht Bundesländern haben

parallel zur Europawahl Kommunalwahlen stattgefunden.

Was bedeutet das für uns in Deutschland, in den Städten? Kommunalpolitik lebt oft davon, einen möglichst breiten politischen Konsens zu erzielen, der alle Menschen in unseren Städten mitnimmt. Das kann auch in Zukunft noch gelingen, aber es wird schwieriger werden. Und mit manchen politischen Akteuren wird eine Politik für alle Menschen in unseren Städten kaum noch möglich sein. Da endet der Konsens.

Wir werden unsere Politik besser erklären müssen. Wir müssen zuhören. Und wir werden auf allen politischen Ebenen tradierte Wege der Entscheidungsfindung überdenken müssen. Um einen Konsens zu

TITELFOTO

City Roofwalks in Hannover: Dachgärten für die City

Unterwegs auf grünen Dächern: In der City von Hannover soll ein besonderes Programm zur Dachbegrünung umgesetzt werden – mit üppig bepflanzen Dachgärten und Fassadenbegrünungen („hängende Gärten“). So soll eine ökologisch wirksame und erlebbare neue Dachlandschaft entstehen, die durch City-Roofwalks (Brücken von Dach zu Dach) miteinander verbunden sind.

Begrünte Dächer können bei Starkregen die Kanalisation vor Überlastung schützen. Darüber hinaus soll die begrünte Fläche für Abkühlung sorgen und so das Stadtklima positiv beeinflussen. Das Niederschlagswasser soll gespeichert werden und direkt zur Bewässerung des Grüns nutzbar sein. Nicht zuletzt sind die Pflanzen auf den Dächern Nahrungsquelle und Lebensraum für viele Insekten und Spinnentiere, wovon wiederum viele Wirbeltiere, vor allem Vögel profitieren.

Zur Umsetzung dieses innovativen Projektes wird die Landeshauptstadt Hannover mit 2,7 Millionen Euro aus dem Bundesförderprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ unterstützt. Insgesamt stehen 3 Millionen Euro für das Projekt zur Verfügung. Der Entwurfsprozess hat im Sommer 2022 begonnen. Als Pilotprojekt des Programms City-Roofwalks soll bis 2025 das oberste Parkdeck des Parkhauses Schmiedestraße in einen Dachgarten verwandelt werden. Damit nicht nur einzelne Dächer erlebbar sind, sollen zukünftig über und vor Gebäuden und Straßen angelegte „Roofwalks“ als Dachverbindungen die neuangelegten Dachgärten miteinander verbinden und einen Spaziergang über der Innenstadt ermöglichen.

➔ www.staedtetag.de/032401

(© Helge Krückeberg Fotografie / Rehwaldt Landschaftsarchitekten)

ringen ist gut, wenn ein Konsens möglich ist. Wo kein Konsens möglich ist, müssen sich die zusammenfinden, denen es wirklich um eine gute Zukunft für unsere Städte geht. Überlassen wir unsere Städte, überlassen wir Europa nicht den Populisten.

Auch ein anderes Themenfeld haben wir wieder für Sie. Die jüngsten Hochwasser, die Hitzesommer der letzten Jahre, mehr Wetterextreme – der Klimawandel hat Folgen. Dieses Heft beschäftigt sich mit der Klimaanpassung in den Städten. Wenn wir wollen, dass unsere Städte lebenswerte Orte bleiben, müssen wir etwas tun. Die Maßnahmen zur Klimaanpassung sind vielfältig: Von Fassadenbegrünungen über Trinkbrunnen, von neuen Frischluftschneisen bis zur Schwammstadt, in der Wasser gespeichert, Überflutungen verringert und das Stadtklima verbessert wird. Klimaanpassung wird eine zentrale Aufgabe für viele Jahrzehnte – und eine große finanzielle Herausforderung.

Trotzdem wollen wir jetzt nicht zuallererst aufs Geld schauen, sondern auf Rahmenbedingungen, Ideen und Möglichkeiten, die Städte bei der Klimaanpassung haben. Deshalb werfen wir einen Blick auf das Klimaanpassungsgesetz des Bundes und die Frage, ob Klimaschutz und Klimaanpassung Pflichtaufgaben werden sollten. Und wir präsentieren Projekte, Netzwerke und viele Beispiele guter Praxis. Kommunale Klimaanpassung findet längst statt – mit viel Engagement und innovativen Ideen.

© Frank Nürnberger



Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

➔ www.staedtetag.de/klimaanpassung

Das neue Bundes-Klimaanpassungsgesetz: ein richtiger Schritt für eine große Aufgabe

Von Alice Balbo, Deutscher Städtetag

Die dramatischen Hochwasserlagen im Saarland und in Süddeutschland sind die jüngsten Beispiele der immer stärkeren Folgen des Klimawandels. Dass wir uns anpassen müssen, ist auch mit Blick

auf die Folgekosten keine Frage mehr des Ob. Mit dem ersten bundesweiten Klimaanpassungsgesetz hat die Bundesregierung einen strategischen Rahmen geschaffen. Das Gesetz tritt am 1. Juli 2024 in Kraft.

Wiederherstellung der Natur

Neben dem Klimawandel ist das fortschreitende Artensterben die zentrale ökologische Krise dieser Zeit. Klima- und Biodiversitätskrise bedingen sich gegenseitig und können nur zusammen gelöst werden. Der Wiederherstellung der Natur kommt hierbei, auch im Hinblick auf das Stadtgrün, eine wichtige Bedeutung zu. Ende 2022 wurde auf der Weltnaturkonferenz in Montreal mit dem „Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework“ eine neue globale Vereinbarung zur Umsetzung der UN-Biodiversitätskonvention geschlossen. Das neue Abkommen sieht unter anderem vor, mindestens 30 Prozent der geschädigten Land- und Meeresökosysteme bis 2030 wiederherzustellen. In Europa sollen die Ziele durch die geplante EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur umgesetzt werden. Diese sieht auch Ziele für das Stadtgrün vor. Die Minimierung von städtischen Grünflächen soll verhindert werden; sie sollen vielmehr auf ein ausreichendes Niveau ausgeweitet werden. Die Verabschiedung der Verordnung wäre ein wichtiges Signal. Auf nationaler Ebene wird natürlicher Klimaschutz mit einem gleichnamigen Aktionsprogramm zusammen mit Klimaanpassung und Biodiversität gedacht. Dies spiegelt sich auch in der Fördersystematik wider.

Von Inga Melchior, Deutscher Städtetag

Lange Zeit stand die Klimaanpassung im Schatten des Klimaschutzes. Mit dem Klimaanpassungsgesetz gibt es nun mehr Verbindlichkeit. So verpflichtet sich die Bundesregierung, eine vorsorgende Klimaanpassungsstrategie mit messbaren Zielen bis Ende September 2025 vorzulegen. Auch Schadenssummen durch Wetterextreme soll der Bund regelmäßig erheben lassen. Zudem werden die Länder beauftragt, eigene vorsorgende Klimaanpassungsstrategien bis Ende Januar 2027 vorzulegen.

Was kommt auf die Kommunen zu?

Das Klimaanpassungsgesetz sieht die Verpflichtung vor, kommunale Klimaanpassungskonzepte zu erstellen. Der Weg muss über die Bundesländer gehen: Sie werden bestimmen, welche Städte, Gemeinden und Kreise ein Klimaanpassungskonzept – soweit nicht vorhanden – aufzustellen haben, sodass es insgesamt flächendeckend entsprechende Pläne gibt. Die Länder sollen auch die wesentlichen Inhalte der Klimaanpassungskonzepte bestimmen, etwa eine eventuelle Beteiligung der Öffentlichkeit. Eine Frist zur Aufstellung von Klimaanpassungsplänen gibt es nicht. Das war auch ein Anliegen des Deutschen Städtetages im Gesetzesverfahren.

Zudem werden Kommunen als Träger öffentlicher Aufgaben ab dem kommenden Jahr das Ziel der Klimaanpassung bei ihren Planungen und Entscheidungen berücksichtigen müssen. Als eine zentrale Anpassungsmaßnahme benennt das Gesetz ein Entsiegelungsgebot. Damit wird



Seit Mai 2023 gilt in Frankfurt am Main die „Gestaltungssatzung Freiraum und Klima“. Sie ermöglicht immer mehr Grün statt gepflasterter Wüste. Auf dem Paul-Arnberg-Platz stehen seit Sommer letzten Jahres 30 Bäume, eine berankte Pergola, umgeben von Beeten und einer Wildblumenwiese. (© Grünflächenamt Stadt Frankfurt am Main)

angeregt, nach Möglichkeit Böden wiederherzustellen und zu entsiegeln. Das Gebot bedarf aus Sicht des Deutschen Städtetages einer konkreten Verzahnung mit der bevorstehenden Novelle des Baugesetzbuchs.

Es geht in die richtige Richtung

Das Gesetz ist ein wichtiges Signal. Kritisch ist jedoch das Thema Finanzierung. Aktuell wird eine neue Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung im Auftrag des Bundesumweltministeriums geprüft. Damit würden sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam an einer Mischfinanzierung der Klimaanpassung beteiligen. Aus Sicht des Deutschen Städtetages ist eine Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung wenn überhaupt nur mit einem festen Budget für Kommunen denkbar, statt mit befristeten Förderprogrammen.

Finanzierungsfragen müssen zwingend geklärt werden

Zusätzlich fordern die Länder vom Bund, die Förderrichtlinie des Bundes zum Thema fortzuführen und die Kosten für die Erstellung von kommunalen Klimaanpassungskonzepten auszugleichen. Hierzu gibt es noch keine Einigung. Viele

Länder warten nun ab, bevor sie selbst über konnexitätsrelevante Landesgesetze kommunale Klimaanpassungskonzepte verpflichtend einführen. Ein ähnliches Taktieren war beim Wärmeplanungsgesetz erkennbar.

Die Städte erwarten für die Erstellung und Fortschreibung von verpflichtenden Klimaanpassungskonzepten eine aufgabengerechte Kostenerstattung nach dem Konnexitätsprinzip. Vor allem muss dringend eine Lösung für die langfristige Finanzierung von kommunalen Klimaanpassungsmaßnahmen gefunden werden. Denn viele Städte setzen bereits diese Maßnahmen um. Die notwendigen Investitionen sind enorm. Die Umweltministerkonferenz hat einen Bedarf von etwa 55 Milliarden Euro und knapp 16.000 Personalstellen bis 2030 in den Ländern und Kommunen genannt.

Fazit

Der Klimawandel ist mehr und mehr spürbar, gerade in unseren Städten. Wir brauchen dringend den Schulterschluss mit Bund und Ländern, aber auch mit allen hier verantwortlichen Akteuren, um die gesamtgesellschaftliche Aufgabe Klimaanpassung erfolgreich anzupacken.

Klimaanpassung: Welche Debatten geführt werden müssen

3 Fragen an Christine Wilcken

Das Klimaanpassungsgesetz kommt zum 1. Juli. Also alles geklärt beim Thema Klimaanpassung?

Mitnichten. Das Gesetz ist richtig. Aber die jüngsten Hochwasser, erst im Saarland und Rheinland-Pfalz, dann in Bayern und Baden-Württemberg, haben uns doch noch einmal eindrücklich gezeigt: Klimaanpassung ist kein „Nice to have“, sondern existenziell für unsere Zukunft. Das ist für die Städte eine Daueraufgabe für Jahrzehnte. Unterm Strich reden wir da über Milliardensummen bundesweit, die investiert werden müssen. Das werden die Städte nicht allein stemmen können. Mit den herkömmlichen Finanzierungsstrukturen wird das nicht gehen. Deshalb ist klar: Wir müssen uns ganz grundsätzlich anschauen, wie die notwendigen Investitionen für Klimaschutz und Klimaanpassung organisiert werden. Da laufen aktuell zwei Diskussionen parallel: In der einen geht es darum, ob Klimaanpassung und Klimaschutz kommunale Pflichtaufgabe werden sollen. In der anderen, ob Klimaschutz eine Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz werden könnte.

Wäre eine solche Gemeinschaftsaufgabe die Lösung?

Die Debatte läuft auch bei uns, festgelegt sind wir noch nicht. Die Befürworter einer Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung und Klimaschutz im Grundgesetz sagen: Damit könnten Bund, Länder und Kommunen gemeinsam und zielgerichtet Klimamaßnahmen vorantreiben – gemeinschaftlich finanziert von Bund und Ländern. Statt nach dem Gießkannenprinzip könnten finanzielle Mittel flexibel und effektiv genau dort eingesetzt werden, wo Investitionen in Klimaanpassung und Klimaschutz am nötigsten sind. Das sind ja auch gute Argumente. Wir sind daher auch

aufgeschlossen für die Idee der Gemeinschaftsaufgabe. Wenn sie kommt, muss aber klar sein: Die finanziellen Mittel müssen am besten als Budget und ohne komplizierte Anträge und kommunalen Eigenanteil bei den Städten ankommen. Und Vorreiter-Städte, die schon viel für Klimaanpassung getan haben, dürfen nicht benachteiligt werden – auch da muss weiter gefördert werden.

Und wie stehen die Städte zur Pflichtaufgabe?

Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat schon im vergangenen Jahr ein Diskussionspapier beschlossen, in dem wir genau dieser Frage nachgehen. Unterm Strich ist der Tenor: Eine Verpflichtung, kommunale Klimaschutzkonzepte und Klimaanpassungskonzepte zu erstellen, sollte das politische Ziel sein. Damit würde die zentrale Rolle der Städte bei Klimaschutz und Klimaanpassung anerkannt, aufgewertet und gestärkt. Für die Klimaanpassung und auch für Wärmepläne geht der Bund diesen Weg mit dem Klimaanpassungsgesetz und dem Wärmeplanungsgesetz jetzt auch schon. Ob darüber hinaus weitere Maßnahmen zur kommunalen Pflichtaufgabe werden sollen, müssen wir diskutieren. Was für uns aber bereits klar ist: Für die Klimaschutz- und Klimaanpassungspläne der Kommunen muss Konnexität gelten. Bund und Länder müssen sich bei der Finanzierung einigen, das ist bisher noch nicht der Fall.



© Frank Nürnberger

Christine Wilcken, Beigeordnete des Deutschen Städtetages und Leiterin des Dezernats Klima, Umwelt, Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz



NACHHALTIGE BESCHAFFUNG

Online-Seminarreihe der Fachagentur Nachhaltende Rohstoffe 2024/25

Tipps & Anregungen zum nachhaltigen Einkauf

Die Online-Seminarreihe „**Nachhaltige Beschaffung mit nachwachsenden Rohstoffen**“ ist dem breiten Themenfeld öffentlicher Einkauf gewidmet und richtet sich an Mitarbeitende aus Kommunen, Behörden, öffentlichen Einrichtungen und alle am nachhaltigen Einkauf Interessierte.

Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen in den Handlungsbereichen **Büro, Marketing, Veranstaltungen, GalaBau und Liegenschaften**.

Es werden Möglichkeiten des Einsatzes von bio-basierten Produkten vorgestellt, Hinweise für Ausschreibungen und Gütezeichen gegeben und verschiedene Praxisbeispiele präsentiert.

Anmeldung

Die Teilnahme an den Online-Veranstaltungen ist kostenfrei. Es wird ein Teilnahmezertifikat ausgestellt.



veranstaltungen.fnr.de/nachhaltige-beschaffung



Termine & Themen

19. September 2024

Das nachwachsende Büro: Umweltfreundliche Beschaffung im Büromanagement

13. November 2024

Der nachhaltige Liegenschaftsbetrieb: Handlungsfelder für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe

19. November 2024

Nachhaltigkeit im kommunalen Garten- und Landschaftsbau: Grünflächenmanagement mit nachwachsenden Rohstoffen

29. Januar 2025

Green Meetings: Nachhaltige Veranstaltungen & Ausstellungen mit nachwachsenden Rohstoffen

16. März 2025

Die umweltfreundliche Marketingausstattung: Drucksachen & Papiere richtig ausschreiben

Gefördert durch:



Fachagentur Nachhaltende Rohstoffe e.V.

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Das Zentrum KlimaAnpassung unterstützt Kommunen und soziale Einrichtungen

Von Moritz Ochsmann

Seit seiner Gründung 2021 hat sich das Zentrum KlimaAnpassung (ZKA) zu einer zentralen Anlaufstelle entwickelt, wenn es um die Beratung und Unterstützung von Kommunen und sozialen Einrichtungen in Fragen der Klimaanpassung geht. Im Auftrag des Bundesumweltministeriums agiert das ZKA als wichtiger Partner, um frühzeitig auf die Herausforderungen der globalen Klimakrise zu reagieren, damit verbundene Risiken und Schäden zu minimieren, und auf diese Weise die Lebensqualität und Resilienz von Kommunen und sozialen Einrichtungen in Deutschland zu steigern.

Das ZKA bietet eine Vielzahl kostenfreier Angebote zur Unterstützung bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Klimaanpassung, sowohl online, telefonisch als auch bei den Kommunen vor Ort. Dazu gehören Beratungen zur Finanzierung und Förderung sowie Fortbildungen, Publikationen, Workshops und Veranstaltungen. Das Format „ZKA-Spezial“ vermittelt breites Praxiswissen rund um Klimaanpassung, während im „ZKA-Spotlight“ Fragen der Teilnehmenden im Mittelpunkt stehen. Besonders beliebt ist die Fortbildungsreihe „Fit fürs Klimaanpassungsmanagement“, die quer durch die Republik zahlreiche Interessierte anzieht. Hinzu kommen Angebote wie das Mentoring-Programm für Klimaanpassungsmanagerinnen und -manager sowie die neue ZKA-Plattform, um den Austausch und die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren der Klimaanpassung zu fördern.

Ein Highlight im Kalender des ZKA ist die Woche der Klimaanpassung (WdKA), die in diesem Jahr vom 16. bis 20. September stattfindet. Ziel der WdKA ist es, das breite Spektrum des Engagements im Bereich der Klimaanpassung sichtbar zu machen. Kommunen, soziale Einrichtungen, Vereine, Verbände oder auch wissenschaftliche Institutionen haben die Möglichkeit, ihre Veranstaltungen und Aktionen zum Thema in einen öffentlichen



Das Zentrum KlimaAnpassung zur Beratung vor Ort in Köln/Bonn mit Projektleiterin Dr. Andrea Fischer-Hotzel (unten rechts). (© Zentrum KlimaAnpassung)

Kalender einzutragen, um Interessierten einen Einblick zu bieten. Darüber hinaus werden auf der Webseite des ZKA (www.zentrum-klimaanpassung.de/wdka24) auch Porträts von Akteurinnen und Akteuren sowie Praxisbeispiele der Klimaanpassung vorgestellt.

Klimaanpassung ist eine gemeinschaftliche Querschnittsaufgabe. Unter dem Motto #gemeinsamfürklimaanpassung unterstützt das ZKA mit seinen Angeboten die Kommunen und sozialen Einrichtungen dabei, widerstandsfähiger gegen die Folgen der Klimakrise zu werden und damit eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft zu gestalten.

Das Zentrum KlimaAnpassung wurde im Auftrag des Bundesumweltministeriums vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit adelphi consult aufgebaut.

➔ www.zentrum-klimaanpassung.de



@Vera.Volker, Difu

Moritz Ochsmann
Deutsches Institut für Urbanistik,
Bereich Umwelt, Team Klima-
anpassung & Stadtökologie



Hotline
0800 0 86 78 48



beratung@vortivmail.de

VORTIV:

IHR NETZWERK-PARTNER

Starke Netzwerke für die kommunale Alkoholprävention

VORTIV **berät** und **unterstützt** Sie passgenau:

- beim Aufbau suchtpreventiver Netzwerkstrukturen
- bei der Optimierung bestehender Netzwerke
- bei der kontinuierlichen Netzwerkpflge

VORTIV **begleitet** Sie bei allen Prozessschritten:

- durch persönliche Beratung
- mit einer umfangreichen Serviceplattform für Netzwerkaufbau und -pflge
- durch digitale und modulare Fortbildungsmöglichkeiten
- mit expertengestützten Beratungsformaten

Besuchen Sie uns unter www.vortiv.de/netzwerkmanagement und nutzen Sie die Angebote von VORTIV zur nachhaltigen Stärkung der Alkohol- und Suchtprevention in Ihrer Kommune.



www.vortiv.de/netzwerkmanagement

Grüne Stadt der Zukunft – Forschung unterstützt kommunale Klimaanpassung

Von Dr. Teresa Zölch, Prof. Dr. Simone Linke und dem Projektteam von „Grüne Stadt der Zukunft“



Um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen, haben Städte eine wirksame natürliche Ressource: Stadtgrün. Doch wie werden Bestandsquartiere grüner und lassen sich klimaangepasste Neubauprojekte realisieren?

Insbesondere die Umsetzung von kommunaler Klimaanpassung und die vielerorts notwendige Nachverdichtung von Städten führt häufig zu Zielkonflikten. Um diese zu lösen, erprobte das Forschungsprojekt „Grüne Stadt der Zukunft“, wie Klimaanpassung von Anfang an in den Prozessen der Stadtplanung berücksichtigt und Kommunen und Stadtplanerinnen und -planer dabei unterstützt werden können. In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt arbeiteten Forschung und Praxis eng zusammen: Zum Projektteam gehörten die Technische Universität München, das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, das Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München und die Landeshauptstadt München.

In der Forschungsphase (2018–2021) analysierte das Team den Ist-Zustand sowie Zukunftsszenarien für Reallabore mit unterschiedlichen Forschungsmethoden wie Interviews, Workshops und Modellierungen. Reallabore sind Quartiere, die sich in unterschiedlichen Transformationsprozessen befinden und verschiedene Charakteristika aufweisen, wie Bestand oder Neubau. Auf

dieser Basis wurden Lösungsansätze für die Klimaanpassung von Gebäuden, Freiflächen und Quartieren erarbeitet: Altbaumbestände erhalten, Durchlüftungachsen freihalten, Gebäude begrünen sowie Gewerbetreibende, Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer oder Bürgerinnen und Bürger aktivieren.

Die Ergebnisse wurden in der anschließenden Umsetzungsphase (2021–2024) weiterentwickelt. Dafür wurden Bedarfe aus der Planungspraxis und der kommunalen Verwaltung erhoben, Inhalte praxisorientiert aufbereitet und über eine Website zur Verfügung gestellt. In fünf Themenbereichen stehen Steckbriefe, Checklisten und Leitfäden als Arbeitshilfen zur Verfügung. Damit erhalten Planende einen Werkzeugkasten, um Stadtgrün gezielt für Klimaresilienz auszubauen.

Zudem begleiteten die Forschenden über zwei Jahre mehrere Wettbewerbsprozesse in München und entwickelten auf dieser Basis eine Anleitung. Diese richtet sich an alle Wettbewerbsbeteiligten und schlägt Möglichkeiten für die Integration von Klimaanpassung in den Wettbewerbsprozess sowie Kriterien zur Entwurfsbewertung vor.

Alle Projektergebnisse und Produkte:

➔ www.gruene-stadt-der-zukunft.de

© privat



Dr. Teresa Zölch
Referat für Klima- und Umweltschutz der Landeshauptstadt München

© Astrid Eckert, München



Prof. Dr. Simone Linke
Professur für Stadtplanung und Landschaft, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf



Nachhaltiges Wirtschaften beginnt vor Ort.

Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.

Die nachhaltige Transformation der Wirtschaft beginnt in den Regionen. Dort sind die mittelständischen Unternehmen – das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands – zu Hause. Genauso wie wir, die Sparkassen. Wir begleiten Unternehmen als Finanzpartner bei ihrer Entwicklung. Wir stehen ihnen beim Umbau auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise zur Seite. Gemeinsam gestalten wir eine lebenswerte Zukunft für alle – partnerschaftlich, klimafreundlich, erfolgreich.

Weil's um mehr als Geld geht.





Nürnberg: Förderung von Privatmaßnahmen für mehr Grün in der Stadt

Die Stadt Nürnberg möchte mehr Raum für Natur in der Stadt schaffen. Mit zwei Förderprogrammen unterstützt sie deshalb private Begrünungsmaßnahmen. Im Rahmen des Programms „Initiative Grün“ stehen 75.000 Euro pro Jahr für die Begrünung von privaten Hof-, Frei-, Fassaden- und Dachflächen zur Verfügung. Das parallele Förderprogramm „Mehr Grün für Nürnberg“ fokussiert sich auf nachhaltige private Grünprojekte in Stadterneuerungsgebieten. So verbessert Nürnberg das städtische Klima und schafft zusätzlichen Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Die Antragstellung funktioniert rein digital: Über eine Online-Plattform können Förderanträge schnell und unkompliziert eingereicht werden – so wird der Zugang zu Fördermitteln erleichtert und die Bearbeitung beschleunigt.

➔ www.staedtetag.de/032402

Leipzig: Bewässerung in der Stadt neu denken

Damit Stadtbäume und Grünanlagen auch bei zunehmend extremen Wetterbedingungen gesund bleiben, hat die Stadt Leipzig 2023 ein Bewässerungskonzept beschlossen. Leipzig möchte so in Zukunft Wässerungsgänge effizienter gestalten, Zisternen zur Speicherung von Niederschlagswasser einrichten und Grünanlagen an die sich verändernden klimatischen Bedingungen anpassen. Zum Konzept gehört auch die Bürgerbeteiligung: So gibt es seit 2021 die Möglichkeit, sich mit der App „Leipzig gießt“ über Bäume und deren Wasserbedarf in der Nachbarschaft zu informieren und zu schauen, wo bereits bewässert wurde oder welche Bäume noch Wasser benötigen.

➔ www.staedtetag.de/032403



Offenbach: Mit Förderprogramm auf dem Weg zur Schwammstadt

Mit einem Förderprogramm zur Klimaanpassung unterstützt die Stadt Offenbach seit 2023 private und gewerbliche Eigentümer dabei, Gebäude und Grundstücke klimafit zu machen. Mit Zuschüssen von bis zu 10.000 Euro fördert die Stadt verschiedene Maßnahmen. So werden Anreize geschaffen, auch private Flächen an die Folgen des Klimawandels anzupassen und Offenbach zu einer Schwammstadt zu entwickeln. Fördergeld gibt es unter anderem für Entsiegelungen, den Einbau von Zisternen und die Begrünung von Dächern, Fassaden sowie Freiflächen. Die Maßnahmen verringern das Hochwasserrisiko, sichern die Trinkwasserversorgung und kühlen die Stadt während Hitzeperioden ab.

➔ www.staedtetag.de/032404

Die neue europäische Leitlinie zur Luftqualität und ihre Auswirkungen

(Directive (EU) on ambient air quality and cleaner air for Europe)

Wann: 7.-9. Oktober 2024

Wo: Brüssel, Belgien

Die Veranstaltung richtet sich an Vertreter aus Städten und Regionen, der Industrie sowie Umweltverbände und thematisiert neben den Regularien auch mögliche rechtliche Folgen.

Mehr Informationen:



www.airqualityforum.com

Dresden und Erfurt: Forschung für bessere Hitzeanpassung

Wie Flächen und Gebäude besser an Hitze angepasst werden können, untersucht in Dresden und Erfurt seit 2017 ein Team aus Forschenden und Praxispartnern im Rahmen des Projekts „HeatResilientCity“. In beiden Städten wurden im Rahmen des Projektes gemeinsam mit Verwaltungen und Anwohnerschaft Konzepte erprobt und konkrete Maßnahmen verwirklicht: Erfurt pflanzte unter anderem neue klimaangepasste Bäume und richtete ein Online-Hitzeportal ein. Dresden ließ kostenlose Wasserbrunnen aufstellen und gab Deutschlands erstes Hitze-Handbuch heraus.

➔ www.staedtetag.de/032405



75 Jahre Grundgesetz: Demokratie beginnt vor Ort

Von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Demokratie beginnt in den Kommunen, damals wie heute. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Barbarei begann der demokratische Wiederaufbau unseres Landes in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Hier lernten die Deutschen nach den Jahren der Diktatur, wieder Eigenverantwortung zu übernehmen, ihre Meinung frei zu äußern und Kompromisse zwischen widerstreitenden Interessen zu finden. Hier erschienen die ersten Zeitungen, hier wurden Parteien gegründet und die ersten Volksvertretungen gewählt. Unsere Demokratie begann nicht mit Präsidenten oder Kanzlern, sondern mit Gemeinderäten und Stadtverordneten, mit Bürgermeistern und Landräten.

Der 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes – seit fast 34 Jahren gilt es für ganz Deutschland –, erinnert uns daran, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht nur ein Instrument effizienter Staatsorganisation ist, sondern das Fundament unserer Demokratie. Gesellschaftliche Konflikte und Herausforderungen unserer Zeit erfahren wir direkt vor der eigenen Haustür: Eine moderne Infrastruktur für Wachstum und Wohlstand

schaffen, die Energiewende gestalten, Geflüchtete menschenwürdig unterbringen, die Digitalisierung vorantreiben, umweltverträgliche Mobilität in Metropolen und ländlichen Räumen sicherstellen, Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf anbieten – es sind die Kommunen, die die Transformationen unserer Zeit stemmen. Bund und Länder müssen sie dabei unterstützen und dürfen sie nicht überfordern. Schon bei der Schaffung des Grundgesetzes stand die Forderung im Raum, nicht nur die kommunale Selbstverwaltung in der Verfassung zu verankern, sondern gleichzeitig festzulegen, dass neue Aufgaben den Kommunen nur zusammen mit den notwendigen finanziellen Mitteln übertragen werden dürfen. Ein Anliegen, das seither nicht an Bedeutung verloren hat, denn lokale Eigenverantwortung braucht eigene Gestaltungsspielräume.

Seit zwei Jahren verlege ich meinen Amtssitz regelmäßig für einige Tage von Berlin in eine Kleinstadt. Bei diesen „Ortszeiten“ spüre ich, dass trotz Internet und Social Media das gesellschaftliche Klima im Land nach wie vor stark in den Kommunen geprägt wird. Gelingt

Gesprächsrunde des Bundespräsidenten, unter anderem mit Städtetagspräsident Markus Lewe (ganz links).



© Bundesregierung, Guido Bergmann

dort der Dialog trotz Meinungsverschiedenheiten? Kommt es zu Kompromissen oder beharrt jeder auf seinen Maximalpositionen? Immer wieder treffe ich bei diesen Reisen auf großartige Beispiele, wie Polarisierung und Sprachlosigkeit überwunden werden können, zum Beispiel im thüringischen Meiningen. Dort diskutieren seit der Corona-Pandemie beim Stadtgespräch regelmäßig Hunderte Bürgerinnen und Bürger kontrovers, aber respektvoll miteinander.

Die Erfahrungen, die Menschen in ihrer Gemeinde mit Politik und Verwaltung machen, können ihre Einstellung zu Staat und Demokratie ein Leben lang prägen, das ist jedenfalls meine persönliche Erfahrung. In dem lippischen Dorf, in dem ich aufgewachsen bin, haben wir Jugendlichen uns einst ein Herz gefasst, sind zum Bürgermeister gegangen und haben ihn davon überzeugt, dass die jungen Leute einen eigenen Ort brauchen, um sich zu treffen. Wir hatten Erfolg, und noch heute gibt es den Jugendraum in der ehemaligen Schule in Brakelsiek. Es war auch diese persönliche Erfahrung von „Selbstwirksamkeit“, die in mir eine Begeisterung für Politik und die Mitwirkungsmöglichkeiten unserer Demokratie geweckt hat, die bis heute anhält.

Natürlich geht es nicht nur darum, eigene Interessen durchzusetzen. Immer wieder müssen in der Kommunalpolitik unterschiedliche Belange verhandelt und ausgeglichen werden. Hunderttausende Menschen opfern dafür Woche für Woche viel Zeit und Kraft, diskutieren und entscheiden in Gemeinderäten und Kreistagen und übernehmen damit politische Verantwortung für ihre Heimat. Ich habe großen Respekt vor allen, die sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagieren. Aber unsere Art der demokratischen Selbstbestimmung wird immer häufiger angegriffen. Extremisten vergiften mit ihrem Hass die demokratische Streitkultur und bereiten den



@ Bundesregierung, Guido Bergmann

Nährboden für Beleidigungen, Drohungen und Gewalt. Ich bleibe dabei: Gemeinderäte und Bürgermeister sind kein Freiwild und keine Fußballtreter für Frustrierte. Wenn Sitzungen gesprengt, Parteiversammlungen verhindert oder Amts- und Mandatsträger bedroht und eingeschüchtert werden sollen, dann ist das ein Angriff auf unsere Demokratie. Dann müssen alle Demokratinnen und Demokraten, unabhängig davon, was sie sonst politisch trennt, dagegen geschlossen auftreten und gemeinsam an der Seite der Bedrängten stehen.

35 Jahre nach der Friedlichen Revolution in Ostdeutschland, 75 Jahre nach der Schaffung des Grundgesetzes sind die Gemeinden, Städte und Landkreise das feste Fundament, auf dem das Gebäude unserer Demokratie steht. Wirtschaftswunder und Wiedervereinigung, sanierte Städte und saubere Flüsse, Traditionspflege und Welt-offenheit: Wir können so viel in Deutschland, haben so viel erreicht und schon so viele Krisen erfolgreich gemeistert. Mag uns heute der Wind auch stärker ins Gesicht wehen, für Hadern und Kleinmut besteht kein Anlass. Im Gegenteil, mit starken und selbstbewussten Kommunen ist Deutschland eine gute Zukunft gewiss.



@ Bundesregierung, Steffen Kugler

Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsident

Abschied und Dank nach 31 Jahren



© Deutscher Städtetag; Freya Altmüller

Verena Göppert bei ihrer Verabschiedung durch Städtetagspräsident Markus Lewe (r.) und Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy (l.).

Der Deutsche Städtetag hat am 15. Mai mit einem Empfang in der Hauptgeschäftsstelle in Berlin Verena Göppert in den Ruhestand verabschiedet. Göppert war 31 Jahre lang beim Deutschen Städtetag und beim Städtetag Nordrhein-Westfalen tätig, seit 2016 als Beigeordnete und Leiterin des Dezernats Finanzen und gleichzeitig Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers Helmut Dedy.

„Spitzenverbände lieben große Zahlen. Wenn es nicht um Milliarden geht, stehen wir morgens nicht auf“, so Dedy mit einem Augenzwinkern bei der Verabschiedung. Die beeindruckende Zahl, mit der Verena Göppert in den Ruhestand gehe, sei 11.293 – die Zahl der Tage im Dienst des Deutschen Städtetages. „Ohne dich wird etwas fehlen, du hinterlässt Spuren im Städtetag“, so Dedy.

Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages, betonte in seiner Abschiedsrede für Verena Göppert, dass auch ihrem Engagement zu verdanken sei, „dass der Deutsche Städtetag heute da steht, wo er eben steht: als moderner Arbeitgeber, dem seine Mitarbeiterschaft ebenso wichtig ist wie der politische, inhaltliche Diskurs, der die Belange seiner Mitgliedsstädte immer

im Blick hat und der sich in die politische Debatte einmischt und Gehör findet“. Lewe betonte außerdem Göpperts Einsatz für Gleichstellung und Frauenförderung. Sie sei in ihrer Laufbahn, besonders aber als Finanzdezernentin und stellvertretende Hauptgeschäftsführerin immer Vorbild und Förderin für viele verbands- und kommunalpolitisch aktive Frauen gewesen.

Göppert begann ihre Karriere beim Städtetag 1993 als Referentin. 2000 wechselte sie als Büroleiterin in das Büro des damaligen Hauptgeschäftsführers. 2006 wurde sie vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages zur Beigeordneten für das Dezernat Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales gewählt, 2016 zur Beigeordneten und Leiterin des Dezernats Finanzen und gleichzeitig zur Ständigen Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers.

Am Abschiedsempfang nahmen Vertreterinnen und Vertreter des Bundestages, der Bundesregierung, der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene und aus Nordrhein-Westfalen sowie weitere Gäste aus Politik und Verbänden teil – darunter auch der ehemalige Präsident und Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages, Herbert Schmalstieg.



Klimaschutz und Klimaanpassung als Pflichtaufgabe?

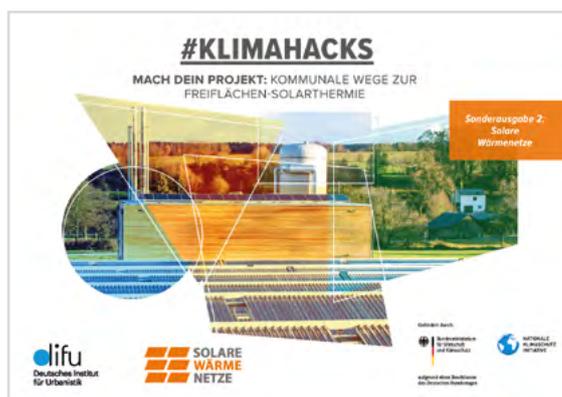
Mit einem Diskussionspapier beleuchtet der Deutsche Städtetag die Debatte um die Frage, ob Klimaschutz und Klimaanpassung in Deutschland zu kommunalen Pflichtaufgaben werden sollten. Der Hintergrund: Mehr als 2.500 Kommunen haben bereits freiwillig Klimaschutzkonzepte beschlossen. Klimaschutz und Klimaanpassung sind für die Städte längst zur politischen Pflichtaufgabe geworden. Eine de facto verpflichtende Aufgabe, die aber rein rechtlich eine freiwillige Aufgabe in der kommunalen Selbstverwaltung ist? Das gibt den Kommunen zwar einerseits ein gewisses Maß an Flexibilität, andererseits bedeutet es aber auch: Klimamaßnahmen stehen nicht selten hinten an. Das Diskussionspapier beleuchtet die wichtigsten Facetten der Debatte – zum Beispiel: Welche kommunalen Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung könnten Pflichtaufgabe werden – und welche nicht?

➔ www.staedtetag.de/032406

Difu-#Klimahacks: Kommunale Wege zur Freiflächen-Solarthermie

Für die kommunale Wärmeplanung ist die Nutzung von Freiflächen-Solarthermieanlagen in Wärmenetzen eine vielversprechende Option. Die aktuelle Ausgabe der Difu-#Klimahacks beleuchtet das Thema Solarthermie und untersucht, welche Rolle die räumliche Planung für eine erfolgreiche kommunale Wärmewende spielt. Durch Praxisbeispiele, häufig gestellte Fragen und weiterführende Links werden Strategien vorgestellt, wie Kommunen beim Bau von Freiflächen-Solarthermieanlagen vorgehen können.

➔ www.staedtetag.de/032407



Großer Fachkräftebedarf für Klimaanpassung

Eine aktuelle Studie des Bundesumweltamtes untersucht, wie sich Klimaanpassungen auf den Arbeitsmarkt auswirken und prognostiziert einen erheblichen Bedarf an Fachkräften. Bis 2040 wird ein Anstieg des Arbeitskräftebedarfs um 57.000 Erwerbstätige erwartet, sofern die potenziellen Anpassungsmaßnahmen umgesetzt werden. Der Mangel an Fachkräften, insbesondere im Baugewerbe und in Gesundheitsberufen, könnte die Durchführung dringender notwendiger Maßnahmen gefährden. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass sich die Qualifikationsanforderungen in bestimmten Berufen verändern werden. Klimaanpassungskompetenzen müssen daher in die berufliche Bildung integriert werden.

➔ www.staedtetag.de/032408

Deutscher Städtetag



@Iona Dutz

Katja Wolf (BSW), Oberbürgermeisterin von Eisenach, wurde im Juni aus dem Präsidium des Deutschen Städtetages verabschiedet. Wolf steht seit 2012 an der Spitze der Stadt Eisenach. Zur Oberbürgermeisterwahl im Mai 2024 war sie nicht erneut angetreten. Sie legt ihr Amt am 30. Juni nieder und kandidiert bei der Wahl im September für den Thüringer Landtag. Katja Wolf war Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages, engagierte sich seit 2016 im Präsidium und bereits seit 2012 im Hauptausschuss. Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages, verabschiedete Katja Wolf feierlich anlässlich der Sitzung des Präsidiums Anfang Juni in Berlin. Wolf habe oft „mit klaren Worten das ausgesprochen, was mal gesagt werden musste“, dankte Markus Lewe Katja Wolf für ihr Engagement. „Probleme ansprechen, Lösungen finden, immer am Ball bleiben und die ostdeutsche Perspektive einbringen“, das habe sie im Präsidium des Deutschen Städtetages ausgezeichnet.

Neu im Amt



@Graga & Darius Bialojan

Städtetag Nordrhein-Westfalen: Die Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen hat den Oberbürgermeister der Stadt Bochum, **Thomas Eiskirch**, zum neuen Vorsitzenden des Verbandes gewählt, zuvor war er stellvertretender Vorsitzender. Thomas Eiskirch ist bereits seit 2015 Stadt-oberhaupt von Bochum und engagiert sich seit 2018 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Er folgt auf **Thomas Kufen**, der seit 2015 Oberbürgermeister der Stadt Essen ist. Er hatte das Amt des Vorsitzenden seit 2022 inne und wurde bei der Mitgliederversammlung zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Thomas Kufen engagiert sich seit neun Jahren im Präsidium des Deutschen Städtetages. Außerdem wurde **Sibylle Keupen**, seit 2020 Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen, ebenfalls zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sie gehört dem Präsidium des Deutschen Städtetages seit 2021 an und engagiert sich als Stellvertreterin des Präsidenten.

Wiederwahl



@Stadt Mühlhausen, Tino Sieland

Mühlhausen: Dr. Johannes Bruns, Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat leitet bereits seit 2012 die Geschicke der Stadt.



@Guido Werner

Suhl: Der Oberbürgermeister der Stadt Suhl, **André Knapp**, wurde ebenfalls wiedergewählt. Der Christdemokrat steht seit 2018 an der Stadtspitze.

Geburtstage



@ Matthias Eckert

Weimar: Oberbürgermeister **Peter Kleine** (parteilos), Stadt Weimar, wurde auch in seinem Oberbürgermeisteramt bestätigt. Kleine leitet seit 2018 die Geschicke der Stadt.

Stichwahlen: In folgenden Mitgliedstädten in Thüringen fanden am 9. Juni Stichwahlen zur Oberbürgermeisterin/zum Oberbürgermeister statt: Eisenach, Erfurt, Gera, Gotha und Jena. Die Ergebnisse der Stichwahlen waren zum Redaktionsschluss der Rubrik Personalien noch nicht bekannt.



@ Tom Weidins

Petra Broistedt, Oberbürgermeisterin der Stadt Göttingen, feiert am 25. August ihren 60. Geburtstag. Die Sozialdemokratin steht seit 2021 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit 2022 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



@ Photohouse Daniela Schworm

Der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven, **Carsten Feist** (parteilos), wird am 20. September 55 Jahre alt. Er leitet seit 2019 die Geschicke der Stadt.



@ cstrategy

Oberbürgermeister **Dr. Fabian Geyer** (parteilos), Stadt Flensburg, begeht am 25. August seinen 55. Ehrentag. Er ist seit 2023 im Spitzenamt der Stadt Flensburg.



@ Stadt Krefeld

Frank Meyer, Oberbürgermeister der Stadt Krefeld, feiert am 14. Juli seinen 50. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2014 an der Stadtspitze.



@ Team Lurz

Oberbürgermeister **Sebastian Remelé**, Stadt Schweinfurt, wird am 30. Juli seinen 55. Ehrentag feiern. Der CSU-Politiker steht bereits seit 2010 an der Spitze der Stadt Schweinfurt.



@ Tony Matysik

Der Oberbürgermeister der Stadt Plauen, **Steffen Zenner**, feiert am 10. August seinen 55. Geburtstag. Der Christdemokrat leitet seit 2021 die Geschicke der Stadt Plauen und engagiert sich seit 2023 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann
Mitarbeit: Freya Altmüller,
Frithjof Paulsen

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de